

<b>Protokoll:</b>	<b>Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	146
		<b>TOP:</b>	19
		<b>Drucksache:</b>	1005/2016
		<b>GZ:</b>	7837-07
<b>Sitzungstermin:</b>	20.07.2017		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	OB Kuhn		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Westhaus-Gloël / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Relaunch des Internetauftritts <a href="http://www.stuttgart.de">www.stuttgart.de</a></b>		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 19.07.2017, öffentlich, Nr. 293

Ergebnis: Verweisung ohne Votum an den Gemeinderat

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht vom 06.07.2017, GRDRs 1005/2016, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt die Ausschreibung für die Neuauflage / den Relaunch des Internetauftritts [www.stuttgart.de](http://www.stuttgart.de), mit einem Gesamtvolumen von bis zu 750.000 Euro brutto, vorzubereiten und durchzuführen.

Die Finanzierung erfolgt im Teilfinanzhaushalt 100 bei Projekt 7.104000: IuK-Maßnahmenplan (IMP investiv) aus Ermächtigungsübertragungen 2016 und 2017 sowie aus neuen Sonderbudgetansätzen für das Projekt im Maßnahmenplan 2018/2019.

2. Die zusätzlichen Finanzmittel von 30.000 € für Wartung und Betreuung (bisher 50.000 €) werden ab 2019 als Sonderbudget im Teilergebnishaushalt 100 - Haupt- und Personalamt, Amtsbereich 1007410 - Zentrale IuK und Telekommunikation, Kontengruppe 420 bereitgestellt. Damit beläuft sich der Betrag für Wartung und Betreuung künftig insgesamt auf 80.000 €.

3. Für die Umsetzung der dargestellten Maßnahmen sind folgende Personalmehrbedarfe notwendig:
  - 0,5 Stellen in Entgeltgruppe 13 TVöD für eine/-n Informatiker/-in bei der Abteilung eGovernment des Haupt- und Personalamtes (10-6).
  - 0,5 Stellen in Entgeltgruppe 12 TVöD für ein/-n Online-Redakteur/-in bei der Abteilung Kommunikation, befristet für 22 Monate (voraussichtlich KW 07/2019).

Über die Stellenschaffungen wird im Rahmen des Stellenplanverfahrens 2018/2019 entschieden.

4. Um die Maßnahme 2018/2019 umsetzen zu können, wird die Verwaltung ermächtigt, ab 01.09.2017 Personal zunächst außerhalb des Stellenplans jeweils im Umfang von 50% einer Vollzeitkraft in EG 13 und EG 12 (vgl. Beschlussziffer 3) zu beschäftigen.

StR Dr. Reiners (CDU) betont, seine Fraktion sehe den Relaunch als Baustein eines digitalen Gesamtkonzepts der Landeshauptstadt. Ein neues, modernes, barrierearmes Portal sei wesentlicher Bestandteil einer kommunalen Daseinsvorsorge. Immer wichtiger würden solche Portale auch, weil immer mehr Menschen von mobilen Endgeräten aus auf die Inhalte zugreifen. Der Internetauftritt nehme nicht nur in der Außendarstellung und in der Öffentlichkeitsarbeit eine wesentliche Funktion ein, sondern auch bei Onlineservices, bei Personalrekrutierungen, bei Bürgerbeteiligungsverfahren und im Bereich Tourismus. Bei umfänglichen Kooperationen könne er als moderne Drehscheibe fungieren, als Lotseninformationsplattform mit Dialogfunktion im Sinne einer Zwei- oder Mehrwegekommunikation.

Dies habe die neue Spitze des Referats Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht erkannt. Die CDU-Fraktion unterstütze dieses wichtige Vorhaben und weitere begleitende Schritte in eine digitale Gesellschaft mit allem Nachdruck. BM Dr. Mayer habe sich die Themen eGovernment, openGovernment, smarte Landeshauptstadt und Digitalisierung auf die Fahne geschrieben. Der Relaunch des Internetauftritts der Landeshauptstadt sei auch als Schaufenster in die Verwaltung hinein zu sehen und als Schaufenster zu Firmen, in die Stadtgesellschaft und "schlichtweg in die Welt hinein". Er könne Ausgangspunkt einer Digitalisierungsoffensive der Landeshauptstadt sein.

Stetiger Begleiter von jedem in allen Altersgruppen sei mittlerweile das Smartphone oder das iPhone, so StR Winter (90/GRÜNE). Daher sei es nur selbstverständlich, in einem sich stetig wandelnden Prozess innerhalb der Digitalisierung, den Relaunch des Internets vorzunehmen. Dem Gemeinderat könne die Arbeit erleichtert werden, die Bevölkerung könne leichter nachverfolgen, was politisch ablaufe, und sich schneller und besser informieren.

StR Perc (SPD) erinnert daran, dass die Vorlage auf einen Antrag der SPD-Fraktion und von Einzelstadträten der CDU, u. a. vom damaligen StR Dr. Mayer, von vor gut einem Jahr zurückgeht. Seine Fraktion unterstützte das vorgeschlagene Verfahren zu einem Vorhaben, das dringend notwendig sei. Zuletzt 2008 sei der Internetauftritt der Stadt verändert worden. In diesen fast 10 Jahren habe sich technologisch wie rechtlich Grundlegendes getan. Bei der großen Informationsfülle des Portals müssten die Informationen zugänglich und für eine breite Nutzerschaft gut aufbereitet vorliegen. Mit ihrem Internetauftritt sei die Stadt mittlerweile Schlusslicht aller Großstädte, auch viele

Mittelstädte hätten Stuttgart "überholt" und das in einer Region, die sich ansonsten durch technologische Spitzenforschung auszeichne.

Die Überarbeitung des Internetauftritts biete die Chance, sich die dahinterliegenden Prozesse genauer anzuschauen. Es gehe ja nicht nur um statische Seiten, sondern es seien sehr viele Drittanwendungen mit angedockt: Kontaktanfragen an die Stadtverwaltung, Terminierungen mit den Bürgerbüros, Anmeldungen zu Schwimmkursen usw. All das könne nun auch entsprechend nutzerfreundlich überarbeitet werden. Wenn die Prozesse effizienter gestaltet würden, führe das vor dem Hintergrund einer angespannten Personaldecke in vielen Ämtern auch zu einer Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen dort.

Neben "stuttgart.de" gebe es verschiedene andere Angebote digitaler Art seitens der Stadt. Es lohne sich, das Ganze in den Blick zu nehmen. Mit in Betracht gezogen werde müsse auf jeden Fall die EU-Datenschutzverordnung, die ab Mai 2018 zu enormen Strafzahlungen führe, wenn bestimmte Vorgaben nicht eingehalten würden. Auf den Datenschutz werde in der Vorlage leider nicht eingegangen. Auch das Thema "App" solle sich die Stadtverwaltung anschauen. Der Vorschlag, einen Beirat einzuführen finde die Unterstützung seiner Fraktion. Mit der Vorlage werde ein guter erster Schritt getan, aber es gebe sicherlich noch viel zu tun.

StR Urbat (SÖS-LINKE-PluS) stellt fest, dass die Bedeutung der Website der Stadt auch durch die Änderung der Gemeindeordnung stark gewachsen ist, weil gewisse Dinge nun zwingend ins Internet eingestellt werden müssten. Auch der Feinstaubalarm in Stuttgart werde über "stuttgart.de" definiert, weil alle anderen Wege zu langsam sind. Erstaunt habe ihn dann, dass laut Vorlage mit einer halben Stelle und einer weiteren befristeten halben Stelle gearbeitet werden solle, obwohl eigentlich zwei Vollzeitstellen beantragt worden seien. Es fehle wieder einmal eine ausreichende Personalausstattung. Abschließend berichtet StR Urbat von einem Problem bei der Anwendung von "IBM Notes".

StRin von Stein (FW) und StR Prof. Dr. Maier (AfD) signalisieren für ihre Fraktionen Zustimmung zum Beschlussantrag der Vorlage.

Dass der Internetauftritt der Stadt Stuttgart renovierungsbedürftig ist, sei schon mehrfach festgestellt worden, bemerkt StR Conz (FDP). Es sei Zeit für einen modernen, zukunftsorientierten Auftritt. Menschen mit Behinderungen hätten große Probleme, sich auf der Website der Stadt zurechtzufinden. Die FDP sei optimistisch, dass auch an diesem Problem gearbeitet wird und dass zukünftig alle Nutzer zielgerichtet und effizient die Informationen erhalten, die sie benötigen.

Auch StR Dr. Schertlen (STd) begrüßt, dass es einen Relaunch des Internetauftritts geben wird. Er verbinde damit große Hoffnungen und wünsche sich, dass über einen Zwischenstand berichtet wird, damit der Gemeinderat sich ein Bild machen könne, in welche Richtung es geht. Er hoffe, dass Teile des Amtsblatts, zumindest die offiziellen Ankündigungen, Einzug finden in den Internetauftritt. Weiter könne er sich vorstellen, dass die Behördennummer 115 dahingehend ergänzt werde, dass Bürger via "Skype" mit der Verwaltung Kontakt aufnehmen und Bilder oder Kartenausschnitte einsenden könnten. Vielleicht werde es auch möglich sein, einen Newsletter für den eigenen Bezirk zu abonnieren. Sinnvoll sei sicher, wenn die Verwaltung ein Auge auf die Region habe und die Verbindung ins Umland finde.

BM Dr. Mayer betont, alle Redner hätten die Bedeutung von Websites im digitalen Zeitalter hervorgehoben. Websites seien zunehmend imageprägend und bestimmten, wie Unternehmen, Organisationen oder Körperschaften im digitalen Raum, und damit bis in die letzten Ecken und Enden dieser Welt, wahrgenommen würden. Alle teilten wohl auch den Befund, dass die Website der Stadt Stuttgart "nicht nur ein bisschen angestaubt" wirke. Das heiÙe aber nicht, dass diese Website nicht gut gewesen ist. Im Jahre 2008 habe sie zu den innovativsten gehört und sei ausgezeichnet worden. Die digitale Welt drehe sich doch etwas schneller als die analoge. Fast 10 Jahre seien im digitalen Zeitalter eben eine halbe Ewigkeit. Er freue sich sehr, dem Gemeinderat heute die Vorlage zum vollständigen Relaunch präsentieren zu können, als Ergebnis monatelanger Vorbereitungsarbeit in seinem Referat und bei L/OB-K. An dieser Stelle wolle er Herrn Scharf und seinem Team ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit danken.

Auf die angesprochenen Themen eingehend berichtet BM Dr. Mayer, die Stadtverwaltung habe die EU-Datenschutzgrundverordnung natürlich im Blick, auch wegen der drakonischen Strafzahlungen, die dort vorgesehen seien. IT-Sicherheit müsse bei der öffentlichen Hand besonders großgeschrieben werden, weil der Umgang mit Daten vertrauensbildend im Verhältnis zum Bürger sei. Was die Verbindung zum Umland angehe, verweise er auf den Fusionsprozess der drei Rechenzentren und der Datenzentrale zu einer großen Datenanstalt Baden-Württemberg. Er rechne damit, dass man zukünftig eher besser aufgestellt sein werde und dadurch viele IT-Projekte zusammengeführt und zentralisiert werden könnten. Abschließend sagt er zu, dem von StR Ubat angesprochenen Problem nachzugehen.

OB Kuhn stellt den Beschlussantrag der GRDRs 1005/2017 zur Abstimmung und stellt fest:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / fr

## Verteiler:

- I. Referat AKR  
zur Weiterbehandlung  
Haupt- und Personalamt
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. L/OB  
L/OB-R
  3. S/OB
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  5. Rechnungsprüfungsamt
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. AfD-Fraktion
  7. Gruppierung FDP
  8. Die STAdTISTEN